

Protokoll 129. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 14. Dezember 2016, 14.00 Uhr bis 16.31 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Roger Bartholdi (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug (Grüne)

Anwesend: 124 Mitglieder

Abwesend: Heinz F. Steger (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2016/411](#) * Weisung vom 30.11.2016: VHB
Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Hofacker, Quartier Hirs- VSS
landen, Ersatzneubau einer Dreifachsporthalle mit Sekundar-
stufenschulhaus und Ausbauten in den Hauptgebäuden, Objekt-
kredit
5. [2016/405](#) * Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 23.11.2016: VTE
A/P Verkehrliche Gesamtplanung im Langstrassengebiet unter
Berücksichtigung des Perimeters Badenerstrasse–Feldstrasse–
Militär-/ Schöneeggstrasse–Kanonenengasse/ Ankerstrasse
6. [2016/408](#) * Interpellation der SP-, Grüne-, AL-Fraktion und 10 Mitunter- VSS
zeichnenden vom 23.11.2016:
Zürich als möglicher Austragungsort der Olympischen Spiele
2026, Haltung des Stadtrats zu den bisherigen Anfragen sowie
Bedingungen und Voraussetzungen für eine mögliche Mit-
kandidatur oder einer Rolle als Host City
7. [2016/419](#) * Postulat der AL-Fraktion vom 30.11.2016: STP
A Reduktion der Wahllokale, Erhalt mindestens eines Lokals pro
Quartier in den grösseren Stadtkreisen
8. [2016/307](#) Weisung vom 14.09.2016: FV
Finanzverwaltung, Aufgaben- und Finanzplan AFP 2017–2020

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

2510. 2016/411

Weisung vom 30.11.2016:

Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Hofacker, Quartier Hirslanden, Ersatzneubau einer Dreifachsporthalle mit Sekundarstufenschulhaus und Ausbauten in den Hauptgebäuden, Objektkredit

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 12. Dezember 2016

2511. 2016/405

Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 23.11.2016:

Verkehrliche Gesamtplanung im Langstrassengebiet unter Berücksichtigung des Perimeters Badenerstrasse–Feldstrasse–Militär-/ Schöneggstrasse–Kanongasse/ Ankerstrasse

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Markus Knauss (Grüne) vom 7. Dezember 2016 (vergleiche Beschluss-Nr. 2480/2016)

Die Dringlicherklärung wird von 72 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2512. 2016/408

Interpellation der SP-, Grüne-, AL-Fraktion und 10 Mitunterzeichnenden vom 23.11.2016:

Zürich als möglicher Austragungsort der Olympischen Spiele 2026, Haltung des Stadtrats zu den bisherigen Anfragen sowie Bedingungen und Voraussetzungen für eine mögliche Mitkandidatur oder einer Rolle als Host City

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Marco Denoth (SP) vom 7. Dezember 2016 (vergleiche Beschluss-Nr. 2481/2016)

Die Dringlicherklärung wird von 79 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2513. 2016/419**Postulat der AL-Fraktion vom 30.11.2016:
Reduktion der Wahllokale, Erhalt mindestens eines Lokals pro Quartier in den
grösseren Stadtkreisen**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Andreas Kirstein (AL) vom 7. Dezember 2016 (vergleiche Beschluss-Nr. 2482/2016)

Die Dringlicherklärung wird von 85 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2514. 2016/307**Weisung vom 14.09.2016:
Finanzverwaltung, Aufgaben- und Finanzplan AFP 2017–2020**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums

Der Aufgaben- und Finanzplan 2017–2020 wird zur Kenntnis genommen.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Walter Angst (AL)

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 2515–2521)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2515. 2016/442**Erklärung der SP-Fraktion vom 14.12.2016:
Budget 2017 und AFP 2017–2020**

Namens der SP-Fraktion verliest Florian Utz (SP) folgende Fraktionserklärung:

Volksentscheide umsetzen statt Leistungen abbauen

Die Stadt Zürich wird im Jahr 2016 einen Überschuss von rund 150 Millionen Franken erzielen, sodass das Eigenkapital Ende Jahr bei über 800 Millionen Franken liegen wird. Allein schon dies zeigt: Unsere Stadt steht finanziell gut da – nicht zuletzt dank der vernünftigen Politik des Stadtrates.

Die SP begrüsst das Budget, das der Stadtrat vorgelegt hat. Es ist ein Budget der finanzpolitischen Verantwortung, das dank einem nur moderaten Ausgaben- und Stellenwachstum voraussichtlich auch im Jahr 2017 zu einer mindestens ausgeglichenen Rechnung führen wird. Zwar sieht das Budget 2017 ein Defizit von rund 67 Millionen Franken vor, doch zeigt die Erfahrung, dass die Rechnungen jeweils – so auch 2014, 2015 und 2016 – mindestens 100 Millionen Franken besser abschneiden als es die Budgets vorsehen. Dementsprechend ist auch im Jahr 2017 nicht mit einem Defizit zu rechnen.

Die SP-Fraktion unterstützt einen effizienten Einsatz von Steuergeldern. In diesem Sinne wird die SP denn auch heute moderate Sparanträge unterstützen – und auch selber stellen –, damit der finanzielle Spielraum für die wichtigsten Prioritäten noch grösser wird – so etwa für mehr bezahlbare Wohnungen, für eine gute Kinderbetreuung oder für den Bau von neuen Velowegen.

So sehr die Stadt Zürich ihre Finanzen im Griff hat, so sehr droht für die Zukunft leider Ungemach durch Bund und Kanton. So führt die so genannte «Leistungsüberprüfung 2016» des Regierungsrates für die Stadt Zürich zu einer Belastung von zwischen 56 und 75 Millionen Franken pro Jahr. Noch gravierendere Auswirkungen hätte die Unternehmenssteuerreform III: Alleine durch die massiv gesenkten Steuersätze

würde unsere Stadt Einnahmen von jährlich rund 200 Millionen Franken verlieren. Hinzu kämen noch die Einnahmeverluste durch weitere Massnahmen wie die Lizenzboxen und die zinsbereinigte Gewinnsteuer. Unter dem Strich drohen Steuerausfälle von mindestens 300 Millionen Franken.

Welche Folgen ein solcher Einnahmeausfall hat, wird heute sehr gut erkennbar, wenn man einzelne Kürzungsanträge der bürgerlichen Seite anschaut:

- So will die SVP beim Schulamt 15 Mio. Franken Lohnkosten sparen, was – bei einem durchschnittlichen Kündigungstermin Mitte Jahr – einem Abbau von rund 300 Stellen entspricht – und dies wohlverstanden alleine bei der Schule!
- FDP, SVP und CVP wollen die Ausgaben für die Planung von bezahlbaren Wohnungen um rund 70 Prozent kürzen. Damit brächten sie den gemeinnützigen Wohnbau durch die Stadt Zürich weitgehend zum Erliegen.
- Die gleichen Parteien beantragen, dass bei sämtlichen Dienstabteilungen der Stadt Zürich (ausser jenen im SSD) 1.9 Prozent der Stellen gestrichen werden. Dies bedeutet beispielsweise bei der Stadtpolizei einen Abbau von 32 "Frontstellen".
- Und: Alle bürgerlichen Parteien wollen dem Stadtspital Triemli finanzielle Ressourcen streichen. Bereits heute wird dort massiv gespart – selbst das Weihnachtessen wurde gestrichen. Wenn noch mehr gekürzt wird, geht dies nicht ohne einen Leistungsabbau für die Patientinnen und Patienten.
- Weniger Bildung, weniger Sicherheit, weniger Gesundheit, weniger bezahlbare Wohnungen: das alles will die Bevölkerung nicht. Das alles droht aber, wenn die Unternehmenssteuerreform III durchkommt – und die Stadt Zürich infolge des Steuerausfalles von 300 Millionen Franken ihre Leistungen so abbauen muss, wie es die Bürgerlichen bereits heute beantragen.

Die Zürcherinnen und Zürcher wollen, dass die Volksentscheide für mehr bezahlbare Wohnungen, für eine gute Kinderbetreuung, für die 2000-Watt-Gesellschaft und für mehr Velowege umgesetzt werden. Die Bevölkerung kann sich darauf verlassen, dass die SP für die Interessen der Menschen in Zürich kämpft – auch hier und heute in der Budgetdebatte.

2516. 2016/443

Erklärung der SVP-Fraktion vom 14.12.2016: Budget 2017 und AFP 2017–2020

Namens der SVP-Fraktion verliest Martin Götzl (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Ein Plan ohne Massnahmen ist kein Plan!

Der Aufgaben- und Finanzplan der Stadt Zürich dient als Steuerungs- und Planungsinstrument für die kommenden Jahre. Theoretisch!

Ein Rückblick auf die Vergangenheit jedoch zeigt: Gestern war ein Sanierungsprogramm 17/0. Eine phantomartige Worthülse mit der sich der Stadtrat stets beschwichtigte, ohne je zählbare und effiziente finanzpolitische Handlungen vorzunehmen.

Ein Einblick auf die Gegenwart zeigt: Heute liegt ein Finanz- und Aufgabenplan vor, der die massiven finanziellen Herausforderungen der Jahre 2017 bis 2020 wegweisen sollte. Wer diesen jedoch analytisch ergründet, findet keinerlei Ansatzpunkte von konkreten sanierenden Massnahmen. Ein Ziel fehlt!

Der Ausblick auf die Zukunft besorgt: Morgen folgt ein finanzieller Scherbenhaufen, der sich in den letzten Jahren wie ein immer schneller rollender Schneeball vergrössert hat. Seit 2005 wurden weitere CHF 3 Mia. Schuldenlast aufgetürmt und betragen heute sage und schreibe rund CHF 10 Mia. Bruttoschulden. In diesen Jahren der Rekordsteuereinnahmen wurden weitere Kredite zu Tiefzinsen aufgenommen. Konkret ausgedrückt handelt es sich dabei um jährlich weitere CHF 700 bis 800 Mio. Anleihen. Das kommende Eintreffen von Zinsanstiegen wird die Stadt Zürich vor unlösbare Herausforderungen stellen. Die Schuldenlast wird erdrückend.

Das gestern, heute und morgen dieser Stadtregierung zeigt finanzpolitisch auf: «Wer nicht weiss wohin er will, braucht sich nicht zu wundern, wenn er woanders ankommt».

Die einzige Konstante im aktuellen finanziellen Dilemma ist der rotgrün dominierte Stadtrat, welcher sowohl gestern als auch heute den finanzpolitischen Irrweg zu verantworten hat. Unbeirrt und verantwortungslos wird weiterhin mit grosser Kelle Geld ausgegeben und es werden neue Leistungen für jede noch so erwünschte Minderheitsgruppe erschaffen. So wird den kommenden Generationen ein aufgetürmter Schuldenberg hinterlassen. Während Einschränkungen unumgänglich sind, brüstet sich die Stadtregierung vor wenigen Tagen, dass die Stadt Zürich im Jahre 2016 für CHF 3 Mio. perlweisse Entwicklungsgelder gesprochen hat. Dies ist keine Aufgabe einer Kommune. Für die Aussenpolitik ist der Bund zuständig und das Spenden ist Privatsache, jeder entscheidet selbst über den Betrag und die Empfänger. Dies ist ein Beispiel von Unzähligen, wie die Verantwortlichen das Wesentliche und Unwesentliche nicht differenzieren können

und wollen.

Der Aufgaben- und Finanzplan diene der Stadt als «mittelfristiges Planungs- und Steuerungsinstrument», heisst es im ersten Satz des angesprochenen Papiers. Auf den folgenden 30 Seiten sucht man dann aber vergebens nach spezifischen Plänen und Steuerungsinstrumenten. Kapitel für Kapitel findet man nur Schönredereien und Selbstbemitleidungen. Bei einem Milliarden hohen Schuldenberg und einem strukturellen Defizit wagt der Stadtrat doch tatsächlich die Aussage zu machen, man starte mit «einer soliden finanziellen Basis» ins Jahr 2017. Dies ist reine Selbstbeweihräucherung! Man prahlt in diesem Zusammenhang auch gleich mit der Erwartung eines positiven Abschlusses der Rechnung 2016.

Im Aufgaben- und Finanzplan sind keine Massnahmen, keine Überlegungen, geschweige denn ein Ziel dafür vorzufinden, wie das rasante Schuldenwachstum gestoppt werden könnte. Die eigenen Ausgaben werden in keinem einzigen Satz reflektiert oder hinterfragt. Der Stadtrat rechnet ab 2020 ausdrücklich mit negativen jährlichen Ergebnissen von 200 Millionen Franken. Dennoch nennt der Stadtrat nicht eine einzige Massnahme gegen dieses strukturelle Defizit. Dies ist Ausdruck einer fundamentalen Gleichgültigkeit gegenüber jenen Leuten, welche die Schuldenberge dereinst abtragen müssen.

So setzt die Stadtregierung, die sonst gerne und laut über eine totale Verstaatlichung des Bodens nachdenkt, für die Zukunft ausgerechnet auf saftige Einnahmen aus der Grundstückgewinnsteuer. Zudem spekulieren die Linken, ganz paradox, mit höheren Gewinnen aus ihrem Aktienportfolio und auf billiges Geld der Banken.

Eine ausserordentlich negative Auswirkung auf die Schuldenlast hat das hochgepriesene Bevölkerungswachstum erbracht. Dies wird jedoch im Aufgaben- und Finanzplan diskret verschwiegen. Zumal der Stadtrat weiterhin auf Willkommens- und Wachstumskurs setzt und bis im Jahre 2030 mit einer Bevölkerungszahl von 495'000 Einwohnern zu rechnen hat. Die aktuell rund 21'500 städtischen Stellenprozente werden in den kommenden Jahren weiter und im grossen Stile aufgebläht. Ab 2018 wird sage und schreibe jährlich mit über 200 zusätzlichen Stellen geplant.

Die aufgetürmten Schulden müssen jetzt konsequent angegangen werden. Es bedarf einer Sanierung der städtischen Finanzen. Mit dem vorgelegten Budget 2017 zeigt der rotgrüne Stadtrat jedoch abermals, das er weder willig noch fähig ist, dies zukunftsorientiert zu realisieren. Im Budget 2017 sind wiederum CHF 68 Mio. Defizit vorgesehen.

Das Ziel einer Budgetsanierung ist weit verfehlt und wird einfach ignoriert. Das kann und wird die SVP nicht akzeptieren und weist folglich das Budget dezidiert zurück. In der Stadt Zürich kann ohne jeglichen Verlust an Bildungs- und Lebensqualität gespart werden. Man muss nur wollen.

Die SVP hat zahlreiche erforderliche Sanierungsanträge erstellt, damit ein finanzieller Kollateralschaden verhindert werden kann. Die SVP wird wirksame und ernsthafte Sparanträge anderer Parteien unterstützen. Entgegen der letzten Jahre wird die SVP zähneknirschend auf einen Antrag zur Steuersenkung verzichten. Die aktuelle Verschuldung und die finanziellen Mittel lassen dies im 2017 nicht zu. Mittelfristig wird sich die SVP wieder vehement für eine Steuersenkung einsetzen, sobald sich die finanziell prekäre Situation verbessert und entspannt hat.

Sparanträge von der SVP, welche von anderen Parteien in homöopathischen Dosen implodiert werden, erhalten von der SVP weitgehend keine Unterstützung. Denn dies entspricht in keiner Art und Weise der dringend notwendigen Sanierung der städtischen Finanzen. Es bedarf einer Sanierung und keiner kosmetischen Makulatur.

Die SVP moniert und fordert den Stadtrat auf, Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen zu übernehmen. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen!

2517. 2016/444

Erklärung der FDP-Fraktion vom 14.12.2016: Budget 2017 und AFP 2017–2020

Namens der FDP-Fraktion verliest Michael Baumer (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Rot-grüner Stadtrat verspielt das grosse Potential der Stadt

Die Stadt Zürich wäre für die Zukunft bestens aufgestellt, wenn nur der Stadtrat aus seiner finanzpolitischen Lethargie erwachen und entschlossen handeln würde. Das Potential der Stadt für eine gesunde Finanzsituation, die nötige Investitionen ermöglicht, ist vorhanden. Das Umfeld ist günstig: Einmal mehr erzielt die Stadt so hohe Steuereinnahmen wie noch nie, mit den Negativzinsen sinkt die Zinslast der Stadt und das Wirtschaftszentrum Zürich ist hoch attraktiv. Wenn der Stadtrat unter diesen Bedingungen ein negatives Budget vorlegt, hat er schlicht seine Hausaufgaben nicht gemacht. Der Stadtrat begnügt sich offenbar mit der Erwartung, dass die Rechnung dann schon besser herauskommt. Das ist völlig ungenügend. In der heutigen Situation wäre ein Budget mit einem Gewinn von 100 Millionen problemlos möglich gewesen. Doch statt sich Ziele zu setzen, verwaltet der Stadtrat die Stadt nur und verspielt damit das Potential Zü-

richs.

Die Haltung des Stadtrats, nach dem Motto «es kommt dann schon gut» zeigt sich insbesondere im Aufgaben- und Finanzplan (AFP). So ist für 2018 ein Defizit von 133 Millionen, steigend auf 200 Millionen im Jahr 2020, geplant. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt bis dahin auf kümmerliche 41 Prozent. Der Finanzvorsteher weist gerne darauf hin, dass sich diese Werte in der Konkretisierung verbessern und es daher kein Problem sei. Erstaunlicherweise entsprechen diese Zahlen ziemlich genau den Zahlen, die derselbe Finanzvorsteher als hochdramatisch betrachtet, wenn sie als mögliche Steuerausfälle wegen der Unternehmenssteuerreform III bezeichnet werden. Irgendwann müsste uns der Finanzvorsteher erklären, warum es einmal kein Problem ist und das andere Mal den Untergang der Stadt bedeutet. Der AFP weist überhaupt keine Reserven auf. Damit hat die Stadt keinen Handlungsspielraum für Unvorhergesehenes. Sie hat auch keine Reserven für dringend benötigte Investitionen in die Infrastruktur, wie beispielsweise genügend Schulhäuser. Das ist kein verantwortungsvoller Umgang mit einem brummenden Wirtschaftsmotor, der leicht ins Stottern geraten kann. Offenbar sind dem Stadtrat aber Haurückübungen im Budget im Dezember lieber, als das Instrument der Finanzplanung zu nutzen.

Hätte der Stadtrat gewollt, wäre ein positives Budget möglich gewesen. Die FDP hat Verbesserungsanträge über 120 Millionen gestellt und das, ohne grosse Leistungseinbussen zu verursachen. Und auch die mehrheitsfähigen Anträge verbessern das Budget massiv. Das lässt nur den Schluss zu, entweder wollte die Stadtregierung einfach jammern, oder sie besitzt die Führungskompetenz nicht, um zu handeln. Letztlich zahlt die Zürcher Bevölkerung mit Steuern und Gebühren die Arbeitsverweigerung des Zürcher Stadtrats. Die Stadt Zürich verschläft die Chance, ihr grosses Potential zu nutzen. Einer Finanzplanung, die dieser Situation nicht gerecht wird, wird die FDP nicht zustimmen.

2518. 2016/445
Erklärung der Grüne-Fraktion vom 14.12.2016:
Budget 2017 und AFP 2017–2020

Namens der Grüne-Fraktion verliest Felix Moser (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Ja zum Budget 2017, nein zur USR III auf Kosten der städtischen SteuerzahlerInnen

Zürich wächst. Mit der Zunahme der Bevölkerung wachsen auch die Steuereinnahmen. Gleichzeitig wachsen die Infrastruktur-Aufgaben, die finanziert werden müssen. Dank der hohen Steuereinnahmen lässt sich das Wachstum im Moment finanzieren, es stehen Mittel für neue Schulhäuser, für Kinderbetreuung oder für Alters- und Gesundheitsausgaben zur Verfügung. Doch am Horizont ziehen die schwarzen Wolken der Unternehmenssteuerreform III und der Leistungsüberprüfung des Kantons (LÜ16) auf – auf diese grossen Steuerausfälle ist die Stadt Zürich nicht gewappnet. Mittelfristig drohen einschneidende Steuererhöhungen oder gravierende Kürzungen von Leistungen.

Mit dem vom Stadtrat vorgelegten Budget 2017 und dem Aufgaben- und Finanzplan bis 2020 sind wir Grüne im Grundsatz zufrieden. Der Entwurf des Stadtrates beschränkt das Wachstum auf Schulen und Spitäler, und sieht bei den Investitionen eine Erhöhung des bisherigen Plafonds vor, um die notwendigen Sanierungen der verschiedenen Bauten vornehmen zu können. Wir würden aber gerne einige Schwerpunkte ver-schieben. So sehen wir einerseits einen klaren Bedarf für mehr Ausbildungsplätze bei den Alters- und Pflegezentren. Dem sogenannten Fachkräftemangel kann am besten entgegen gewirkt werden, indem wir eigenes Personal ausbilden und dafür Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Das wird sich langfristig lohnen. Andererseits stellen wir fest, dass die Polizei unnötige bzw. rechtlich fragwürdige Kontrollen bei KonsumentInnen leichter Drogen vornimmt, daher halten wir es für angebracht, den Etat der Polizei zu reduzieren. Die Polizei soll sich auf die wichtigen und notwendigen Aufgaben konzentrieren, aber von der Verfolgung nicht strafbarer Handlungen absehen.

Wir sind erfreut und positiv überrascht, dass es bei vielen Anträgen zum diesjährigen Budget gelingt, mit einer Mehrheit der konstruktiven Kräfte in diesem Parlament zusammen zu arbeiten, und dass in diesem Jahr weit reichende Kürzungsanträge oder gar Abschaffungen von Dienstabteilungen keine Chance haben werden.

Für die Zukunft sehen wir schwarze Wolken am Horizont aufziehen. Einerseits ist die Leistungsüberprüfung des Kantons schon weit fortgeschritten, andererseits droht das Damoklesschwert der Unternehmenssteuerreform III. Mit der USR III wird das austarierte System zwischen Gemeinden, Kanton und Bund komplett auf den Kopf gestellt, und am Ende werden ausschliesslich Grossfirmen und ihre Aktionäre profitieren, während die einfachen SteuerzahlerInnen der Stadt und der Gemeinden die Zeche bezahlen müssen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Unternehmenssteuerreform III in dieser Form nicht kommen wird, und erwarten vom Stadtrat, dass er aufzeigt, welche Auswirkungen diese Steuerreform auf die Bewohnenden der Stadt hat.

Im aktuell vorliegenden Budget sind für uns einige wenige, aber wichtige Punkte noch unklar. So wäre es für uns insbesondere wichtig, dass dem Personal Lohnmassnahmen von 1% zugestanden werden. Das städti-

sche Personal soll vom sich abzeichnenden hohen Gewinn im 2016 einen gerechten Anteil erhalten. Im Grundsatz aber stehen wir hinter dem Budget 2017, wie es vom Stadtrat vorgelegt und nun vom Gemeinderat voraussichtlich genehmigt werden wird.

2519. 2016/446
Erklärung der GLP-Fraktion vom 14.12.2016:
Budget 2017 und AFP 2017–2020

Namens der GLP-Fraktion verliest Shaibal Roy (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Wegfallende Sondereffekte erfordern sofortige finanzpolitische Massnahmen

Die Stadt Zürich budgetiert für das kommende Jahr wiederum ein Defizit. Angesichts der erneut rekordhohen Steuereinnahmen und der letztmals anfallenden positiven Sondereffekte wäre eine positive Budgetierung angezeigt gewesen. Die Grünliberalen haben entsprechend korrigierend eingegriffen und substanzielle Aufwandsenkungen platziert. Nichtsdestotrotz fordern wir, dass sich der Stadtrat hinsichtlich der sich abzeichnenden steigenden Aufwandüberschüsse in den nächsten Jahren ernsthaft finanzpolitischen Massnahmen widmet und diese auch umsetzt.

Der Stadtrat verlässt sich leider immer noch auf die Faustregel, dass die Rechnung besser als das Budget abschliesst und hat sich somit noch kaum auf die unmittelbar anstehenden Herausforderungen eingestellt. Man beklagt sich lieber – wenn auch zurecht – über die ungleiche Lastenverteilung und Benachteiligung der Gemeinden und insbesondere der Stadt Zürich bei der vom Kanton initiierten Leistungsüberprüfung 16 (Lü16). Dasselbe Schema ist in Bezug auf die Unternehmenssteuerreform III (USR III) zu beobachten. Leider ist dem Stadtrat vor lauter Wehklagen der Fokus auf die Hausaufgaben verloren gegangen. Es gilt aber, sich proaktiv auf drohende Einnahmehausfälle vorzubereiten und ihnen mit einem eigenen Massnahmenpaket zu begegnen. Die Grünliberalen fordern den Stadtrat daher auf, sich nicht länger hinter lauter vermeintlich positiven Rechnungsabschlüssen zu verstecken, sondern sich endlich den Herausforderungen zu stellen.

Im Rahmen des Budgets 2017 konnte die glp zumindest feststellen, dass der Stadtrat teilweise etwas ‚Luft‘ aus den Budgetposten genommen hat, dies jedoch keineswegs durchgängig und konsequent. Entsprechend hat die glp auch dieses Jahr wieder als verantwortungsbewusste Mittepartei in Zusammenarbeit mit anderen Parteien auf beiden Seiten des politischen Spektrums mit gezielten Anträgen in den einzelnen Departementen sowie vereinzelt Tabellenanträgen dem Stadtrat hierbei unter die Arme gegriffen und somit Mehrheiten für sinnvolle Budgetkorrekturen geschaffen. Die glp erwartet, dass die Praxis, keine Luft einzuplanen, vom Stadtrat flächendeckend in den Dienstabteilungen eingefordert und praktiziert wird. Wir erhoffen uns, dass die RPK sich bald wieder auf die grossen Linien fokussieren kann, ohne im mikroskopischen Bereich auf Einzelkonti-Stufe eingreifen zu müssen. Dies würde der vorgesehenen Rollenverteilung zwischen Parlament und Verwaltung viel eher entsprechen.

Bezüglich des Stellenwachstums bleibt die glp dabei: Das Bevölkerungswachstum soll nicht mit einem linearen Wachstum im Stellenplan einhergehen. Die Stadt muss darauf fokussieren, Effizienzgewinne und Skaleneffekte insbesondere in der engeren Verwaltung zu realisieren, um den Gleichschritt von Bevölkerungswachstum und Stellenwachstum zu unterbinden. Mit eigenen sowie der Unterstützung einzelner anderer Anträge setzt sich die glp für die Eindämmung dieses linearen Wachstums ein. Dasselbe gilt für die Investitionen in Infrastruktur wie in der IT und im Hochbau. Wir Grünliberalen stehen solchen Investitionen zwar grundsätzlich positiv gegenüber, sehen aber Spielraum für eine Plafonierung der Ausgaben anstelle eines stur modellbasierten Substanzerhalts.

Die finanzpolitischen Vorstellungen der Grünliberalen werden zusätzlich mit – zum Teil auch zusammen mit anderen Fraktionen – eingereichten Vorstössen unterstrichen. Dazu gehören die gezielte Aufgabenüberprüfung im Bereich Quartierkoordination und bei den rasant wachsenden sonderpädagogischen Massnahmen sowie die Verlagerung von administrativen Ressourcen von der engeren Verwaltung hin zu den Schulleitungen. Des Weiteren auch die Forderung nach zurückhaltendem Einsatz von gedruckten Inseraten und einheitlicher Regelung von Assessments bei der Rekrutierung. Ein regelrechter Meilenstein grünliberaler Finanzpolitik bildet das Postulat mit der Aufforderung an den Stadtrat, ab 2017 vom jeweils eruierten Mittelbedarf der Stadt mindestens 100 Millionen Franken in Green Bonds, also Grünen Obligationen, aufzunehmen. Vor dem Hintergrund der hohen Nachfrage nach Grünen Obligationen auf dem Kapitalmarkt einerseits sowie des städtischen Ziels bis 2050 die 2000-Watt-Gesellschaft zu realisieren andererseits, ergibt sich eine bemerkenswerte Win-Win-Situation.

Angesichts der negativen Teuerung sind wir ausserdem der Auffassung, dass jetzt nicht noch zusätzliche Lohnmassnahmen, wie im Novemberbrief veranschlagt, angezeigt sind und lehnen diese entschieden ab. Die Argumentation des Stadtrats, dass dies aufgrund des voraussichtlich positiven Rechnungsabschlusses angemessen wäre, teilen wir nicht. Wir stellen vielmehr die Frage, was der Stadtrat denn plant, wenn wir wie prognostiziert negative Rechnungsabschlüsse haben werden bei gleichzeitig anziehender Teuerung?

Mit Ausblick auf den vorgelegten Aufgaben- und Finanzplan legt sich die glp-Stirn in Sorgenfalten, denn der Stadtrat rechnet selber mittelfristig mit Einnahmeausfällen von jährlich rund 370 Millionen, wovon ca. 300 Millionen aufgrund der USR III und 60-70 Millionen aufgrund LÜ16. Selbst ohne USR III und LÜ16 erwartet der Stadtrat infolge des Wegfalls positiver Sondereffekte und des Ausgabenwachstums einen laufend steigenden Aufwandüberschuss, der 2020 bei rund 200 Millionen liegen dürfte. Die Bestrebungen der glp, einen mittelfristig konstanten Steuerfuss zu erhalten, sind ohne klare finanzpolitische Zielsetzungen vom Stadtrat kaum zu erreichen.

Der Stadtrat muss dringend über die Bücher. Aber auch das Parlament steht in der Verantwortung, tiefgreifende Massnahmen dann auch mitzutragen. Die fetten Jahre sind vorbei.

2520. 2016/447

Erklärung der AL-Fraktion vom 14.12.2016: Budget 2017 und AFP 2017–2020

Namens der AL-Fraktion verliest Andreas Kirstein (AL) folgende Fraktionserklärung:

Ohne USR-III-Korrekturen wird Stadt den Steuerfuss massiv erhöhen müssen

2016 erwartet die Stadt einen Überschuss von rund 150 Millionen Franken. Und in der Rechnung 2017 drohen ebenfalls keine roten Zahlen. Ungemach erwartet die Zürcherinnen und Zürcher aber, wenn die von FDP und SVP promotete Unternehmenssteuerreform nicht korrigiert werden kann.

Man kann über die drohende Nettoverschuldung palavern, über den fehlenden Sparwillen der Exekutive schwadronieren, nach Privatisierungen schreien oder schlicht und einfach über die rotgrüne Schuldenwirtschaft herziehen. Es bleibt aber dabei: Über der Stadt Zürich kreist trotz hoher Standards und den bereits spürbaren Kostenabwälzungen vom Kanton auf die Stadt kein Pleitegeier.

Wir wollen den Stadtrat zwar dazu anhalten, den Einsatz der beschränkten Mittel noch stärker auf die zentralen Herausforderungen in den Bereichen Bildung (Tagesschulen), Wohnpolitik (soziale Integration), Gesundheit (Finanzierung von Pflege und Spitälern) und Infrastruktur (Bereitstellung von Schulhäusern und Sportanlagen) zu fokussieren. Und auch dem Gemeinderat wäre nahezulegen, sich während des Jahres vermehrt an diejenigen Tugenden zu halten, die man dem Stadtrat in den langen Dezembersitzungen empfiehlt. Für parlamentarische Strafraktionen, die SVP und FDP auch dieses Jahr wieder fordern, gibt es aber schlicht keinen Anlass.

Die AL hat befriedigt zur Kenntnis genommen, dass eine deutliche Mehrheit des Gemeinderats unsere Einschätzung der Lage teilt. Verschiedene sinnvolle Anträge zu Verbesserungen des Budgets werden eine Mehrheit finden. Das Halali der Defizit-Empörungskoalition wird aber im sanften Licht des Ratsaals verpuffen.

Das heisst nicht, dass wir ruhigen Zeiten entgegensehen. Kommt die Unternehmenssteuerreform in der Form, wie es sich die Klassenkämpfer von rechts wünschen, drohen ab 2018 nicht nur massive Steuererhöhungen, sondern auch schmerzhafteste Leistungseinschnitte.

Um den Wegfall eines Viertels der Steuereinnahmen der juristischen Personen wett zu machen, würde es nicht ausreichen, den Steuersatz um 10 Punkte zu erhöhen. Es müssten zusätzlich drastische Sparprogramme auf die Agenda gesetzt werden. Dabei dürften auch Lieblingsprojekte der FDP wie etwa die Tageschule ernsthaft Schaden nehmen.

Dieses Jahr wird also die Budgetberatung auch ohne Rückweisung bis in den Februar 2017 hinein dauern. Nicht hier im Gemeinderat, sondern bei der Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform wird entschieden, wie die Stadt Zürich im nächsten Jahrzehnt budgetieren kann ... oder budgetieren muss.

2521. 2016/448

Erklärung der CVP-Fraktion vom 14.12.2016: Budget 2017 und AFP 2017–2020

Namens der CVP-Fraktion verliest Christian Traber (CVP) folgende Fraktionserklärung:

Ausgeglichenes Budget möglich – Chance verpasst!

Zum ersten Mal hat der Gemeinderat die Möglichkeit zusammen mit dem Budget 2017 über den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) zu diskutieren. Die CVP-Fraktion ist darüber sehr erfreut, obschon der Fokus der Diskussion trotzdem auf den Zahlen des nächsten Jahres liegt. Für das kommende Jahr können mit den heutigen Anträgen die Weichen konkret gestellt werden. Mit dem AFP wird es aber möglich, in die mittelfris-

tige Zukunft zu blicken – und die ist trotz rekordhoher Steuereinnahmen alles andere als rosig.

Zwar anerkennt die CVP-Fraktion, dass der Stadtrat erhebliche Anstrengungen unternommen hat, den Haushalt unserer attraktiven Stadt insbesondere im Zusammenhang mit den Herausforderungen des Bevölkerungswachstums im Gleichgewicht zu halten. Dennoch führt der AFP klar und deutlich vor Augen, dass ein strukturelles Problem besteht und mittelfristig mit jährlichen Ausgabenüberschüssen zu rechnen ist. Die CVP-Fraktion begrüsst die Erarbeitung von vorsorglichen Massnahmen zur Ergebnisverbesserung. Wir vermissen im Sinne einer laufenden Überprüfung der Ausgaben aber insbesondere eine Prioritätensetzung, die aus unserer Sicht eindeutig durch den Stadtrat vorgenommen werden muss. Es handelt sich dabei um eine primäre Führungsaufgabe der Exekutive, die von dieser wahrgenommen werden muss.

Auf den ersten Blick sieht das Budget 2017, das der Stadtrat im September 2016 präsentiert hat, nicht dramatisch aus, wies es doch nur ein geringes Defizit aus. Der Novemberbrief hat hingegen zu einer weiteren, deutlichen Verschlechterung geführt. Da sich die Steuererträge weiterhin auf sehr hohem Niveau bewegen und sich die Wirtschaftslage robust präsentiert, sollte im Budget 2017 eigentlich kein Defizit vorliegen, sondern ein Überschuss erzielt werden können. Hier verpasst der Stadtrat eine Chance, das Eigenkapital weiter zu stärken. Zudem wird nun deutlich, dass 2017 die in den Vorjahren eingetretenen Sondereffekte - wie beispielsweise die Höherbewertung der Aktien der Flughafen Zürich AG - nicht mehr zum Tragen kommen, bzw. sich nicht mehr positiv auf Budget auswirken.

Die CVP-Fraktion nimmt positiv zur Kenntnis, dass der Stadtrat weiterhin finanziellen Handlungsbedarf ortet. Doch es ist nicht ersichtlich, wo und in welchen Departementen und Dienstabteilungen er diesen sieht. Vielmehr kann beim genauen Studium des Budgets festgestellt werden, dass die Departemente und Dienstabteilungen den Sparauftrag ganz unterschiedlich umsetzen. Einige bemühen sich tatsächlich, andere scheinen sich um den Auftrag und die angespannte finanzielle Situation in der Stadt zu füttern. Auch da ist der Stadtrat als Gremium in seiner Führungsfunktion gefordert.

2514. 2016/307

Weisung vom 14.09.2016:

Finanzverwaltung, Aufgaben- und Finanzplan AFP 2017–2020

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Eintreten ist unbestritten.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Aufgaben- und Finanzplan 2017–2020 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)

Minderheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums

Der Aufgaben- und Finanzplan 2017–2020 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 21. Dezember 2016 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2522. 2016/441

Postulat der GLP-Fraktion vom 14.12.2016: Personalwerbung, Publikation der Stelleninserate über digitale Medien

Von der GLP-Fraktion ist am 14. Dezember 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen ob die Personalwerbung für städtische Angestellte vorwiegend über digitale Medien ausser in begründeten Ausnahmen über Fachzeitschriften erfolgen kann.

Begründung:

Die Kosten auf dem Konto 3092 können nochmals merklich gesenkt werden, wenn die Stelleninserate ausschliesslich über digitale Medien publiziert werden.

In allgemeinen Printpublikationen inserieren nur noch Personalvermittler zur Eigenwerbung und die öffentliche Hand. Online-Stellenbörsen sind viel effizienter und kostengünstiger. Grosskonzerne bekommen bei grossen Stellenbörsen für 20'000-30'000 CHF pro Jahr eine Flat Rate. Die Stadt Zürich ist ein derart attraktiver Arbeitgeber, dass die eigene Online-Börse, „Tagblatt“ und wo nötig wenige ausgewählte Online-Stellenbörsen und standespolitische Zeitungen, Branchenpublikationen, Fachzeitschriften reichen. Allgemeine Tages- und Wochenpublikationen in Druckform sollen nicht mehr berücksichtigt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

2523. 2016/449**Postulat von Stephan Iten (SVP) und Stefan Urech (SVP) vom 14.12.2016:
Auflösung der Abteilung Quartierkoordination**

Von Stephan Iten (SVP) und Stefan Urech (SVP) ist am 14. Dezember 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Schnittstelle zwischen Bevölkerung und Stadtverwaltung zukünftig in Zusammenarbeit mit den Quartiervereinen erstellt werden kann. Dadurch könnte die Abteilung Quartierkoordination im Sozialdepartement aufgelöst werden.

Begründung:

Die Quartierkoordination nimmt angeblich Quartieranliegen von der Bevölkerung auf und vermittelt diese der Stadtverwaltung. Seit eh und je üben jedoch die Quartiervereine genau diese Rolle ehrenamtlich aus. Ein staatliches Pendant, das jährlich rund 2 Millionen Franken kostet, ist unnötig.

Aus jedem Quartierverein könnte ein Vorstandsmitglied mit einer kurzen Ausbildung dazu befähigt werden, wie man die Schnittstelle zur Stadtverwaltung optimal betreibt.

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n**2524. 2016/382****Dringliche Schriftliche Anfrage von Anjushka Früh (SP), Linda Bär (SP) und 29
Mitunterzeichnenden vom 02.11.2016:
Abtransport des Ausbruchmaterials für den Bau der dritten Röhre am Gubrist,
Auswirkungen auf die Schliesszeiten des Bahnübergangs beim Bahnhof Affoltern
sowie Massnahmen zur Vermeidung zusätzlicher Verkehrsbehinderungen**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 984 vom 7. Dezember 2016).

2525. 2016/292**Schriftliche Anfrage von Gabriela Rothenfluh (SP) und Heidi Egger (SP) vom
31.08.2016:****Nutzung der Software RA-PROF durch die Fachstelle für Gewaltprävention, Art
der Verdachtsmomente und Anzahl Meldungen, Vorgehen bei Radikalisierungstendenzen
sowie Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei und Gewährleistung des
Datenschutzes**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 965 vom 30. November 2016).

2526. 2016/345

Schriftliche Anfrage von Stefan Urech (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 05.10.2016:

Kolumne des Vorstehers des Schul- und Sportdepartements zum amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf im Tagblatt, Haltung des Stadtrats zur Kolumne sowie Einfluss der geäusserten Auffassungen auf die Lernziele an den Sekundarschulen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 966 vom 30. November 2016).

2527. 2016/282

Weisung vom 31.08.2016:

Tiefbauamt, Investitionsbeitrag der Stadt zur Verbreiterung der SBB-Brücke Hohlstrasse

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 26. Oktober 2016 ist am 1. Dezember 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 21. Dezember 2016.

Nächste Sitzung: 14. Dezember 2016, 17 Uhr.